

B. Für nicht aus dem Westfonds zu unterstützende Anlagen
(provinzieller Fonds).

1. Der aus 1919 verbliebene Bestand von	568 387	„	46	„
2. Die für 1920 überwiesene Summe von	150 000	„	—	„
3. Die Zinsen der angelegten Bestände mit	17 949	„	20	„
4. Ferner Ersparnisse	11 724	„	—	„
	Summe:	748 060	„	66

Hiervon sind abzusehen die bereits früher und 1920 neu-
bewilligten Zinsbeihilfen 15 671 „ — „

Die fernerhin bewilligten Beihilfen

Brück-Halstenbach	5 000	„	—	„
Borberg	3 000	„	—	„
	Summe	23 671	„	—

Es ist demnach ein Bestand von 724 389 „ 66 „
verblieben, der auf das Rechnungsjahr 1921 übergeht.

II. Zur Verzinsung und Tilgung des II. Vorschusses ist der Rest mit 59 600 „
bereitgestellt worden.

III. Gegen den Westfonds 1920 lagen Beihilfenanträge in Höhe von rund
3 000 000 „ vor.

In Anbetracht der Tatsache, daß diesen Forderungen gegenüber nur Beihilfen-
mittel in Höhe von rund 460 000 „ zur Verfügung standen, wurde in der Westfonds-
konferenz am 29. Mai 1920 beschlossen, zunächst von jeder Bewilligung abzusehen und
die vorhandenen Bestände auflaufen zu lassen, um später desto wirksamer helfen zu können.

IV. Darlehen zu Wasserleitungen sind im Berichtsjahre von der Landesbank und
der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz wie folgt bewilligt worden:

Von der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz:

Gemeinde Bettingen, Kreis Wittburg 40 000 „
zu 4⁰/₁₀₀ Zinsen und 1⁰/₁₀₀ Tilgung.

Von der Landesbank der Rheinprovinz:

Gemeinde Hamm, Kreis Altenkirchen 15 000 „
zu 4¹/₂⁰/₁₀₀ Zinsen und 1⁰/₁₀₀ Tilgung,

Gemeinde Pracht, Kreis Altenkirchen 12 000 „
zu 4¹/₂⁰/₁₀₀ Zinsen und 1⁰/₁₀₀ Tilgung,

Gemeinde Eilendorf, Kreis Aachen Ld. 500 000 „
zu 4¹/₂⁰/₁₀₀ Zinsen und 1⁰/₁₀₀ Tilgung,

Gemeinde Nümbrecht, Kreis Gummersbach 21 000 „
zu 4¹/₂⁰/₁₀₀ Zinsen und 2¹/₂⁰/₁₀₀ Tilgung.

**F. Angelegenheiten der Rheinischen landwirtschaftlichen
Berufsgenossenschaft im Geschäftsjahr 1920.**

Die Höhe der Druck- und Papierkosten zwingt uns, von dem Druck des voll-
ständigen Jahresberichts für 1920 abzusehen und lediglich einen Auszug bekannt zu geben.
Ergänzende Mitteilungen werden auf Wunsch jederzeit erteilt.

Geschäftsumfang.

Die Zahl der Eingänge betrug 50 182 (42 437)*, die der erlassenen förmlichen Bescheide 7 062, dazu kommen 2 720 Bescheide über Zulagerenten und 992 Endbescheide, so daß sich die Zahl der Bescheide auf insgesamt 10 774 (7 138) belief. Die Sektionen Eupen und Malmedy sind durch Uebergang an Belgien am 1. Januar 1920 ausgeschieden. Für die nicht zum Saargebiet gehörigen Teile der Kreise Merzig und St. Wendel sind die neuen Sektionen Wadern und Baumholder gebildet worden. Die Zahl der Betriebe im Bezirke der Genossenschaft beträgt rund 544 000 mit etwa 1 370 000 versicherten Personen.

Angemeldete und erstmalig entschiedene Unfälle.

Zur Anzeige kamen 5 494 (7 376) Unfälle. Entschieden wurden erstmalig 3 570 (3 343) Unfälle, darunter 2 188 (1 930) durch Anerkennung und 1 382 (1 413) durch Ablehnung des Anspruchs. Darunter sind 690 Fälle, in denen nach Ablauf der ersten 13 Wochen nach dem Unfälle keine nennenswerte Einschränkung in der Erwerbsfähigkeit mehr vorhanden war.

Entschädigte Unfälle.

Die erstmalig entschädigten 2 188 (1 930) Unfälle betrafen:

103 (127) Todesfälle,	
20 (19) dauernd völlige Erwerbsunfähige,	
1 143 (1 079) „ teilweise „	
und 922 (705) vorübergehend „	

Entstehungsursache der Unfälle waren:

Arbeitsmaschinen	in 230 (182) Fällen,
Feuergefährliche Stoffe	40 (40) „
Zusammenbruch von Gegenständen	195 (122) „
Fall von Leitern usw.	527 (523) „
Auf- und Abladen	302 (267) „
Fuhrwerk	353 (369) „
Tiere	301 (253) „
Handwerkzeug	204 (169) „
Sonstige Ursachen	36 (5) „

Insgesamt wurden in 15 738 (15 919) Fällen Entschädigungen gezahlt.

Rentenzulagen.

Während vor dem Jahre 1920 nur auf Antrag bedürftige Rentenempfänger, die eine Rente von $\frac{2}{3}$ oder mehr der Vollrente bezogen, eine monatliche Zulage von 20 *M* (früher 8 *M*) erhielten, führte die Verordnung vom 5. Mai 1920, Reichsgesetzblatt Nr. 100, Seite 878, prozentual abgestufte Zulagen zu den Unfallrenten für alle bis 1. 2. 1920 eingetretene Unfälle ein, in denen eine Rente von 50 und mehr Prozent oder die Hinterbliebenenrente zu zahlen war. Die Zahl der Fälle, für die Rentenzulagen gezahlt wurden, stieg dadurch auf 2 720 (187) und die Ausgabe auf 467 893,60 (18 368) *M*.

* Die eingeklammerten Zahlen sind die des Vorjahres.

Gesamtenschädigung einschließlich freiwilliger Leistungen.

Die Gesamtsumme der Unfallenschädigungen belief sich auf 2 626 416,50 (1 812 179,55) *M* und setzt sich wie folgt zusammen:

	Personen	Betrag	
		<i>M</i>	<i>¢</i>
1. Behandlung der nicht in Heil- und Genesungsanstalten untergebrachten Verletzten	783	141 781	26
2. Behandlung der in Heil- und Genesungsanstalten untergebrachten Verletzten			
a) Renten an Ehefrauen (Ehemänner) der Verletzten	34	992	11
b) Renten an Kinder und Enkel der Verletzten	55	1 091	50
c) Renten an Verwandte aufsteigender Linie der Verletzten	—	—	—
3. Kur- und Verpflegungskosten an Heil- und Genesungsanstalten	225	131 805	09
4. Renten an Verletzte, darunter 334 683,95 <i>M</i> Zulagen zu Verletztenrenten für 1662 Verletzte	14 150	1 740 763	59
5. Abfindungen an Verletzte, die ein Fünftel der Vollrente oder weniger bezogen haben	153	76 273	32
6. Abfindungen an Ausländer bei Aufgabe ihres Wohnsitzes im Deutschen Reiche	1	300	—
7. Sterbegeld	107	8 029	94
8. Renten an Witwen (Witwer) Getöteter, darunter 87 637,20 <i>M</i> Zulagerenten	1 326	257 512	—
9. Renten an Kinder und Enkel Getöteter, darunter 44 053,25 <i>M</i> Zulagerenten	865	146 550	23
10. Renten an Verwandte aufsteigender Linie Getöteter, darunter 1 519,20 <i>M</i> Zulagerenten	25	4 874	43
11. Abfindungen an Witwen Getöteter im Falle der Wiederverheiratung	13	7 427	—
12. Fürsorge für Verletzte innerhalb der gesetzlichen Wartezeit	115	25 818	23
13. Tilgung und Verzinsung der schwebenden Säuld aus dem Jahre 1909	—	83 197	80
Summe		2 626 416	50

Verwaltungskosten.

Die Verwaltungskosten betragen 1 388 029,82 (625 914,46) *M*, die Umlagegebühren 109 197,34 (49 362,92) *M*, die Kosten der Unfalluntersuchung 174 875,36 (114 750) *M* und die des Verfahrens vor den Versicherungsämtern 1 107,70 *M*. Für Unfallverhütungsmaßnahmen wurden 51 130,80 (30 108,77) *M* aufgewandt.

Die Kostensteigerung hat neben der Gebührenerhöhung für ärztliche Gutachten und der Verteuerung aller sächlichen Ausgaben, besonders in der im Jahre 1920 durchgeführten Besoldungsreform ihren Grund.

Ein Vergleich zwischen den Verwaltungskosten und der Entschädigungssumme für Unfälle würde auch im Berichtsjahre ein unrichtiges Bild ergeben, weil die Renten erst durch das Gesetz, betreffend Änderungen in der Unfallversicherung vom 11. April 1921, Reichsgesetzblatt Seite 467, mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1920 ab für die seitdem eingetretenen Unfälle durch Zugrundelegung des sechsfachen Betrages der 1914 festgesetzten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste erheblich gesteigert wurden. Infolgedessen erscheinen die Rentensteigerungen erst im Auszahlungsjahre 1921 im Gegensatz zu den schon 1920 verrechneten Gehaltssteigerungen.

Gesamtausgabe, Umlage.

Die Gesamtausgabe stellte sich auf 4 436 312,31 (2 691 953,92) *M.* Umgelegt wurden in Anbetracht der bevorstehenden Verabschiedung des Gesetzes vom 11. April 1921, das auch noch eine Verdoppelung der Rentenzulagen für das Jahr 1921 vorsah und im Hinblick auf die zu erwartende Steigerung aller sonstigen Kosten 5 145 909,82 (2 356 280,97) *M.* Außer den Hebegebühren wurden im Durchschnitt 108,86 (48,71) % der 4 726 891 (4 848 602) *M.* betragenden Grundsteuersumme erhoben, ferner an Beiträgen für Nebenbetriebe, Betriebsbeamte, Facharbeiter usw. 204 760 (62 502,20) *M.*

Betriebsstock, Postvorschuß.

Nach Abzug der Gesamtausgabe des Jahres 1920 verblieb ein Betriebsstock von 3 618 509,36 (2 718 372,90) *M.* Dieser dient zur Bestreitung des Postvorschusses für 1921 in Höhe von 2 580 000 (1 770 000) *M.*, der Zins- und Tilgungsrate der schwebenden Schuld des Jahres 1909 im Betrage von 83 197,80 *M.*, sowie der laufenden Verwaltungskosten bis zum Eingange der neuen Umlage, die erst am 1. April 1921 fällig wurde.

Rücklage.

Die Rücklage wuchs auf 1 480 982,04 (1 348 051,08) *M.* an.

Streitfälle.

Berufungen schwebten bei den Obergerichtsämtern in 581 (449) Fällen, von denen 165 (169) zugunsten der Versicherten, 267 (230) zugunsten der Berufsgenossenschaft und 33 (50) auf andere Weise erledigt wurden. Vor dem Reichsversicherungsamt waren 114 (100) Rekurse anhängig. Hiervon wurden 35 (31) zugunsten der Versicherten und 56 (28) zugunsten der Genossenschaft entschieden.

Beftrafungen.

Bestraft wurden 178 (117) Betriebsunternehmer wegen verspäteter Unfallanmeldung und 146 (76) wegen Nichtbefolgung der Unfallverhütungsvorschriften. An Strafbeträgen wurden insgesamt 3 389,50 (1 769) *M.* vereinnahmt.

Unfallverhütung.

Der technische Aufsichtsdienst litt sehr unter der Absperrung ganzer Bezirke infolge der Maul- und Klauenseuche und unter sonstigen außergewöhnlichen Schwierigkeiten. Auch

erschien eine gewisse Rücksichtnahme auf die Landwirte angebracht, die sich mit ihren Betrieben den veränderten Zuständen anpassen mußten. Abgesehen von den Feststellungen der dazu ersuchten Ortsbehörden beschränkten sich die Revisionen der Aufsichtsbeamten auf die Kontrolle von 595 (298) Betrieben. Die Zahl der Aufsichtsbeamten ist im Jahre 1921 um drei vermehrt worden.

Rückgriff gegen Betriebsunternehmer und Dritte.

Wegen fahrlässig verschuldeter Unfälle kamen in 118 (114) Fällen von den Ersatzpflichtigen 32 975,30 (18 314,18) *M* zur Erstattung.

Sonstige Bemerkungen.

Außergewöhnliche Revisionen von Rentenempfängern durch Beamte des Genossenschaftsvorstandes und Untersuchungen durch den ärztlichen Berater fanden in 25 Kreisen statt.

Durch Vereinbarung mit der Ärztekammer wurden vom 1. Juli 1920 und nochmals vom 1. April 1921 ab die Gebühren für Fundberichte und Gutachten erhöht.

Die in der Rheinprovinz tätigen Versicherungsträger schlossen sich zu einer „Arbeitsgemeinschaft von Versicherungsträgern der Rheinprovinz“ in Düsseldorf zusammen, deren Geschäftsstelle sich in Düsseldorf, Adersstraße 1, befindet.

Düsseldorf, den 14. Februar 1922.

Der Provinzialausschuß der Rheinprovinz.

